

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertagen.  
Bezugspreis monatl. RM. 180, vierteljährl. RM. 540.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr 540.— einschl. Postbeiträge.  
Einzelnummern 7.— RM. : Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtsparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildb.  
Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigst. Wildb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren  
Raum RM. 18.—, auswärts RM. 20.—; Reklame-  
zeile RM. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Inserate u. bei Ausgabenteilung werden  
jeweils 10 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachschreibung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 269

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 16. November 1922

Februar 179

57. Jahrgang

## Reichszanzler BIRTH zurückgetreten

Berlin, 15. November.

WTB. meldet: Der Reichszanzler hat gestern spät abends dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts mitgeteilt. Der Reichspräsident hat ihn angenommen.

Die „Krise“ in Berlin hat sich rasch ausgemittelt, rascher als man eigentlich vermuten wollte und konnte. Dr. BIRTH ist es schon oft gelungen, gefährlich scheinende „Meinungsverschiedenheiten“ innerhalb der drei Koalitionsparteien glatt zu bügeln. Solche tauchten stets auf, so oft es sich um die „Große Koalition“, um die Beziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierung handelte, und das war bei jedem Gesetzesvorschlag von einiger Bedeutung, d. h. fast immer der Fall. Die „Koalition“ stand von Anfang an auf keinem sicheren Boden, sie hatte auch im Reichstag nicht die Mehrheit, ein Zustand, der im parlamentarischen System an sich schon ungewöhnlich ist. Die Mehrheit wurde nun allerdings durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien hergestellt, aber gerade dadurch wurde eine Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Koalition herbeigeführt, die auf eine Entscheidung geradezu hindrängte. Während die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ nun erst recht die „Große Koalition“ erstreben mußte, da sie sonst den vereinigten sozialistischen Parteien gegenüber stark in die Minderheit gedrängt war, konnte andererseits die Sozialdemokratie ihren Standpunkt jetzt mit umso größerem Nachdruck vertreten. Und das hat sie getan. Der „Großen Koalition“ setzte sie Widerstand entgegen, und als es den Bemühungen des Reichszanzlers in langwierigen Verhandlungen mit den Parteien gelungen zu sein schien, einen Vermittlungsweg anzubahnen, stellte sie für die Aufnahme der Deutschen Volkspartei solche Bedingungen, daß letztere sie nicht annehmen konnte. Die Sozialdemokratie lehnte nun die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei überhaupt ab.

Reichszanzler BIRTH hatte sich aus Erwägungen, die sich aus den Verhandlungen mit der Entschädigungskommission ergaben, der Notwendigkeit der mittelbaren Koalitionserweiterung oder, wie man seinen Vorschlag der „wirtschaftlichen Kabinettsumbildung“ nennen will, nicht verschließen können. Sie schien ihm der letzte Ausweg aus dem Irrgarten zu sein, in den die deutsche Politik geraten war. Diesen Ausweg hat ihm aber nun gerade die Partei verschlossen, auf die er, ebenselbst Zentrumsmann, sich in der Hauptfrage zu stützen pflegte, die Sozialdemokratie. Und das gibt dem Abgang Dr. BIRTHS eine eigenartige Bedeutung.

Freilich ist die gestörte Kabinettsumbildung nur die äußere Veranlassung zu dem Rücktritt des Kabinetts. Die wahren Gründe liegen tiefer. In allen Kreisen, und beim Reichszanzler selbst hat sich die Ueberzeugung durchgerungen: So geht es nicht weiter! Die Erfüllungspolitik war bei allem guten Willen, den niemand dem Reichszanzler abprechen wird, ein verhängnisvoller Irrtum, der mehr und mehr auch gerade im Zentrum auf Widerstand stieß. Auf der letzten Tagung der Bayerischen Volkspartei wurde unter stürmischen Zurufen erklärt: Mit der Erfüllungspolitik muß Schluß gemacht werden! Dazu kam ein an Tiefe zunehmender Gegensatz des Reichszanzlers zu seinem Partei- und Kabinettsgenossen Dr. HERMES, der, mehr rechts gerichtet, in seiner Partei — und bei anderen bürgerlichen Parteien in letzter Zeit mehr Boden hatte als Dr. BIRTH. Sahen auch die Landtagswahlen in Sachsen die Stosskraft der Linken gefördert zu haben, so wurde dies aufgehoben durch die Wahl KNILLINGS zum bayerischen Ministerpräsidenten, der in seiner Antrittsrede keinen Zweifel ließ, daß er der Linken einigung des Reichszanzlers nicht nur nicht folgen, sondern, soweit bayerische Belange berührt werden, entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde. Durch das Ausnahmegesetz zum Schutz der Republik, das neue Getreideumlagegesetz und jenes unbedachte Wort im Reichstag: „Der Feind steht rechts!“ hat Reichszanzler BIRTH weiterhin viel Boden verloren. Und die Angebote an die Entschädigungskommission, die, ob die Regierung es nun zugestehen will oder nicht — auf die tatsächliche Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages hinauslaufen, hat der Reichszanzler der Sozialdemokratie in einer Weise vor den Kopf gestoßen, die ihm dort nicht verziehen wird.

So war die Stellung BIRTHS und seines Kabinetts un-

## Tagesspiegel

Das Kabinetts WIRTH ist zurückgetreten. Reichspräsident Ebert besprach am Mittwoch vormittag die Lage mit dem Reichstagspräsidenten LÖBBE und mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten. Ein Auftrag zur Kabinettsbildung wurde noch nicht erteilt.

In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß der bisherige Reichsfinanzminister Dr. HERMES an Stelle des Dr. MAYER deutscher Geschäftsträger in Paris werden solle.

Reuter meldet, die Vereinigten Staaten werden am 18. November noch einen Kreuzer und drei Zerstörer nach Konstantinopel absenden. — Auf der Friedenskonferenz in Lausanne wird Amerika durch die Geschäftsträger in Rom und Bern CHILD und GREW vertreten.

haltbar geworden. Was nun geschehen wird, ist noch im Dunkel. Einige meinen, es werde nun ein Mann berufen werden müssen, der, begabt mit eisernem Willen und scharfem Blick, die verfahrenen Pfade, wenn nötig mit diktatorischer Gewalt einreihen müsse. Ob es zu einer Auflösung des Reichstags kommt, ist ungewiß, aber nicht unwahrscheinlich. Jedenfalls sind auf der linken Seite die Neigungen dazu seit den sächsischen Wahlen, die bekanntlich eine Verstärkung der Linken gebracht haben, gewachsen.

### Dr. BIRTH über die Krise

Berlin, 15. Nov. Nach Erledigung seines Rücktrittsgesuchs empfing der Reichszanzler Vertreter verschiedener Blätter und teilte ihnen mit, die Sozialdemokratie habe die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei endgültig abgelehnt und damit sei der Rücktritt des Kabinetts notwendig geworden. Er betone, daß die letzte Note an die Entschädigungskommission, in der die deutschen Angebote zur Markfestlegung usw. bekannt gegeben wurden, von den Vertretern der Deutschen Volkspartei in Gegenwart der Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokratie und der Bayerischen Volkspartei ausdrücklich gebilligt wurde und daß die bürgerlichen Parteien in der Note die Grundlage für die „Große Koalition“ gesehen haben. Die erweiterte Arbeitsgemeinschaft sei tatsächlich vorhanden gewesen, da die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und die Sozialdemokratische Partei in der Frage der Außenpolitik neben der Regierung standen. Dem aus bürgerlichen Kreisen geäußerten Wunsch, aus dieser tatsächlichen eine politische Gemeinschaft anzubahnen, habe er (Dr. BIRTH) entsprochen und das Verlangen einer Großen Koalition gestellt. Er habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Note an die Entschädigungskommission auch ein innerpolitisches Programm; man brauche nur noch die Namen zu unterzeichnen, dann habe man das Programm der Großen Koalition. Die Rede des Herrn SIMMES habe zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben. Aber das Scheitern sei nicht allein auf diese Rede zurückzuführen. Die Sozialdemokratie müsse noch andere Gründe zur Ablehnung gehabt haben. Die Lage bedürfe der Klärung. Der große Ernst der politischen Lage mache es zu einer staatsmännischen Notwendigkeit, zu einer schnelleren Klärung der deutschen Politik zu gelangen. Diese Klärung schien bis jetzt nicht möglich. Infolgedessen habe das Kabinetts den Rücktritt erklärt.

### Was die Engländer von Deutschland erwarten

Einsichtige Leute in England, und es gibt deren nicht wenige, sind mehr und mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß es ein schwerer Fehler, wenn nicht mehr war, daß Großbritannien sich an der Zertrümmerung Deutschlands beteiligte. Es ist ja doch in Wirklichkeit ganz anders gegangen, als die offenen und geheimen Verbände sich die Sache vorausgedacht haben. Heute, vier Jahre nach Beendigung des unheiligen Kriegs, ist endlich auch der Anfang zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage im Vereinigten Königreich festzustellen, aber der Gesamtbeitrag der britischen Ausfuhr — und ein Drittel der ganzen Warenerzeugung Großbritanniens ist für die Ausfuhr bestimmt — bleibt noch weit hinter der alten industriellen Leistungsfähigkeit zurück, wie denn auch noch ein sehr großer Teil der britischen Handelsschiffe „aufgelegt“, d. h. außer Dienst gestellt sind. Die anderthalb Millionen Arbeitslosen wollen nicht weniger werden, wohl aber die Mittel, mit denen sie bisher unterhalten wurden, während gleichzeitig das Jahreseinkommen der beschäftigten Arbeiter durch

die Lohnvermindierungen dieses Jahres sich um etwa 250 Millionen Pfund Sterling verringert hat.

Immer mehr, so wird aus London geschrieben, wünscht man in England, daß es endlich zu einem wahren Frieden in Europa komme, wenn das Geschäftsleben wieder zu flüßen gelangen soll. Man weiß aber auch, daß es wirtschaftlichen Frieden und Sicherheit nicht geben kann, solange ein so bedeutender Wirtschaftskörper wie Deutschland in Fieberzuständen liegt; man weiß, daß das Gedeihen des englischen Handels bis zu einem gewissen, und zwar nicht geringen Maß von der Kaufkraft abhängt, und wenn Bonar LAW in letzter Zeit wiederholt behauptete, am deutschen Markt liege England nicht viel, es könne sich an überseeischen Ländern schadlos halten, so hat er nicht das Richtige getroffen, und jedenfalls nicht im Sinn der Mehrheit des englischen Volks, sondern höchstens eines Teils gesprochen, der aus anderen Gründen sich mit Frankreich auf möglichst guten Fuß stellen will. — Vorsichtig! In England wünscht man die Erholung Deutschlands bis zu dem Grad wenigstens, wo es wieder von England kaufen kann, und man verfolgt alle Schritte, die zur Besserung führen könnten, mit größter Aufmerksamkeit.

So hat man nach den vier Jahren des mühseligen und kraftlosen Geschickens der Einladung der ausländischen Sachverständigen in London viele Beachtung geschenkt, und sie wurde fast durchweg dahin ausgelagt, die deutsche Reichsregierung habe sich nun dazu aufgekräftigt, ihre rein untätige Politik aufzugeben und der Entschädigungskommission einen festen Plan vorzulegen und, was die Hauptsache sei, an diesem Plan festzuhalten und sich durch keine Drohungen mit Sanktionen wieder bestimmen zu lassen, Unmögliches zu versprechen.

Man hört in einflussreichen Londoner Kreisen oft, wenn die deutsche Reichsregierung weise sei, werde sie nun der Entschädigungskommission ohne Umschweife erklären, daß Deutschland vorerst außerstande sei, weitere Zahlungen in irgend einer Form zu machen, was die nackte Wahrheit sei, und sie werde diese Erklärung durch Vorlegung eines festen Plans ergänzen, der ausführen müsse, eine wie lange Zahlungsfrist Deutschland brauche und was es nach deren Ablauf zahlen könne. Wenn dann die Kommission die Frist für zu lang ansehe, die angebotenen Leistungen für zu gering erkläre, dürfe sich die deutsche Regierung nicht bewegen lassen, wie sie es bisher immer getan habe, Unmögliches zu versprechen, sondern müsse an ihrem Plan festhalten. Die Tatsachen redeten heute eine so laute Sprache, daß die ganze Welt eine solche Haltung Deutschlands verstehen und würdigen würde. Tatsächlich riskiere Deutschland damit gar nichts; denn wenn es die Dinge so weiter gehen lasse, wie bisher, verlute es sich mit unbedingter Sicherheit.

Eine solche Haltung Deutschlands, glaubt man, werde die Entschädigungskommission nicht mit der Beschuldigung einer „vorläufigen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen“ beantworten können, und trotz Poincarés neuester Drohungen werde Frankreich es nicht wagen, zu Gewaltanwendung und zu einer Befreiung des Ruhrgebiets überzugehen. Allerdings würde keine Macht Frankreich angesichts seiner heutigen militärischen Ueberlegenheit daran verhindern können, aber Frankreich werde sich durch eine solche Politik England wie die Vereinigten Staaten aufs schwerste entfremden und hätte es sie schließlich mit nachteiligsten Folgen für seine eigene finanzielle und wirtschaftliche Festigkeit zu bezahlen. Vor allem müsse die deutsche Regierung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen mehr Mut zeigen; jedenfalls gebe es für Deutschland keine Rettung ohne eine starke und mutige Regierung.

In London erzählt man sich, Poincaré habe der neuen Regierung Unterstützung im Osten und Einwilligung in eine Zahlungsfrist und eine Herabsetzung der Entschädigungen unter folgenden Bedingungen angeboten: 1. England verzichtet auf die Bezahlung der französischen Schulden. 2. England verzichtet auf jeden weiteren Anteil an künftigen deutschen Entschädigungszahlungen. 3. England willigt in Frankreichs wirtschaftliche Ausbeutung des linken Rheinflusses, mit anderen Worten: in Poincarés alte Politik der Transpikander.

Gegenüber der beständigen französischen Lüge, Deutschland habe eigentlich noch gar nichts gezahlt, mag noch verzeichnet werden, daß die führende finanzielle Tageszeitung Londons, die „Financial News“, die Hauptursache der heutigen deutschen Zahlungsunfähigkeit darin findet, daß Deutschland den Verbündeten in der einen oder anderen





